

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweizer.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden anwärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Spandauerbrücke 3, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Die reine Demokratie und die Social-Demokratie.

### IV.

Wir stehen jetzt bei den Anforderungen der nichtbesitzenden Klasse an die Verwaltung des Staates, an das für diese Klasse weitans wichtigste Element, da es sich in ihm darum handelt, den durch die Staats-Verfassung errungenen und gewährleisteten Einfluß auf die Staatsleitung im Interesse der Klasse zu verwerthen.

Dies Interesse erheischt aber zweierlei: erstens eine gerechtere, d. h. eine wahrhaft gleichmäßige Vertheilung der Staatslasten, und zweitens die Herbeiführung der größtmöglichen materiellen Gleichheit Aller, die Beseitigung des Klassegegensatzes zwischen Besitzenden und Besitzlosen, durch Herstellung der Gleichheit in den Bedingungen des materiellen Erwerbs.

Bezüglich einer gleichmäßigen Vertheilung der Staatslasten muß die besitzlose Klasse vor Allem fordern die Verwandelung der indirekten Besteuerung in eine direkte, und zwar in eine Progressivsteuer, d. h. in eine solche, welche sich nach dem Verhältniß des Erwerbes, nach der Größe des Einkommens, richtet.

Dies die erste Forderung der Nichtbesitzenden an die Verwaltung des Staates.

Hinsichtlich der Herstellung gleicher Bedingungen des materiellen Erwerbes ergibt sich als zweite und wichtigste Forderung des Nichtbesitzenden an die Staatsverwaltung: die Schaffung solcher Einrichtungen, welche es der kapitallosen Arbeit ermöglichen, in den Besitz des vollen Ertrages der Arbeit zu gelangen, oder, anders gesagt, die Verwendungs eines Theiles der Staatsmittel zur Verwandelung der isolirt dastehenden Lohnarbeiter in associirte Unternehmer.

Da sich aber die nichtbesitzende Klasse von einer derartigen ökonomischen Emancipation auf die Dauer nur dann Erfolg versprechen darf, wenn sie die zu derselben erforderliche geistige und sittliche Reife, d. h. die nötige intellectuelle und moralische Bildung besitzt, um ihre Geschäfte selber leiten zu können, um ebenso zur politischen wie zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung tüchtig zu sein, so muß sie, als dritte Anforderung an die Verwaltung, das Verlangen stellen, daß der Staat nicht nur allen seinen Bürgern die Erwerbung geistiger und sittlicher Bildung gleichmäßig zugänglich, sondern solche sogar zur Pflicht mache; sie wird also fordern: die Ertheilung des Unterrichtes auf Staatskosten und, bis zu einem gewissen Grade, den Schulzwang.

Nachdem wir nunmehr auch die Forderungen der nichtbesitzenden Klasse an Verfassung und Verwaltung des Staates kennen gelernt haben, ist

uns zugleich klar geworden, daß die mit den Interessen der besitzenden Klasse am meisten verträglichen Staatsformen — die rein-demokratische oder bürgerliche Republik und das constitutionelle Königthum — den Wünschen der nichtbesitzenden Klasse keineswegs günstig sind. Im Interesse dieser Klasse liegt vielmehr nur: die sociale Republik, in der die Souveränität des Volkes zur Wahrheit geworden und aufgehört hat, nur die Souveränität einer einzelnen bevorzugten Gesellschaftsklasse zu sein, oder: ein starkes, selbstherrschendes Königthum, welches, von einer naturgemäßen Eifersucht auf die Uebermacht des Reiches erfüllt, seine Stützen im eigentlichen Volk, in der nichtbesitzenden Klasse suchen muß, dagegen freilich auch nicht in der Lage ist, die Grundlage des Klassegegensatzes selbst vollständig aufzuheben und politische Freiheit zu gewähren. Dies ist, wie gesagt, nur durch die Herstellung des reinen socialen Volkstaates möglich, des Idealstaates, wie ihn die nichtbesitzende Klasse anzustreben hat.

Eher wird an eine Verwirklichung des Principes der Freiheit und der Volkssouveränität nicht gedacht werden können und müssen stets, sobald sich die besitzende Klasse und die bürgerliche Demokratie, von ihrem Klasseninteresse geleitet, der Herstellung dieses Staates widersetzen, der industriellen oder Bourgeois-Republik die Militärdictatur und der Despotismus folgen.

Die reine Demokratie aber, die, wie wir gesehen haben, in der theoretischen Anerkennung des demokratischen Principes mit der Social-Demokratie übereinstimmt, befindet sich im Widerspruche mit sich selbst, wo sie, einer abstrakten Vorstellung zu Liebe, den gewaltigen Klassegegensatz und die daraus folgenden entgegengesetzten Anforderungen der beiden Gesellschaftsklassen in Beziehung auf die Gesetzgebung, auf die Verwaltung des Staates, übersehen.

Und insofern steht sie im Gegensatz zur Social-Demokratie, wie nicht minder zu dem herkömmlichen, durch das Klasseninteresse sehr engbegrenzten Liberalismus der Besitzenden.

Aber eben deshalb theilt sie das Schicksal jedes abstrakten Principes, das die Macht des Wirklichen weder kennen noch anerkennen mag: sobald es einmal ernst wird im Kampfe der beiden Klassen, geht die eine wie die andere über die reine Demokratie zur Tagesordnung über.

## Politischer Theil.

### Deutschland.

\* Berlin, 29. Januar. [In der Elberzogthümerfrage] meldet „Morning Star“: „Von Oesterreich darin bekräftigt, beantragte Frankreich die Wiederaufnahme der Herzogthümer-Conferenzen. Carl Russell hat den Antrag für

jetzt abgelehnt.“ Eine Lösung dieser Frage scheint auf lange Zeit hinausgeschoben. Sowohl Hohenzollern als Habsburg suchen ihr Heil in Erwartungen von der Zukunft. Zu Concessionen scheinen im gegenwärtigen Augenblicke Beide nicht geneigt. Wer sich bei diesem Warten am Uebelsten befindet, das sind jedenfalls die Schleswig-Holsteiner. Doch werden's die auch abwarten können.

— [Aus den Elberzogthümern] wird gemeldet, daß der schleswig'sche Bürgerworthalter Kirjahn, der die Annahme eines preussischen Ordens abgelehnt, eine Vorladung vom Gouverneur Manteuffel erhalten hat.

— [Die „Kölnische Zeitung“] glaubt, „daß Graf Bismarck die großen, von ihr niemals unterschätzten Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstürmen, nicht anders überwinden kann, als indem er sich mit dem Geiste des preussischen Volkes und der deutschen Nation aussöhnt und verbündet.“ „Es giebt in seiner Umgebung Leute, welche ihm zutrauen, daß er es auf eine Berufung eines deutschen Parlaments in geeignetem Augenblicke würde ankommen lassen, um den Particularismus zu brechen“ (und — hätte die „Köln Ztg.“ hinzufügen müssen, — den Parlamentarismus im Großen zu behandeln, wie er es bisher nur im Kleinen gelohnt hat). Dann fährt sie fort:

Wir wissen nicht, ob diese Leute sich täuschen; aber so viel ist gewiß, daß außer Graf Bismarck unter der gegenwärtig in Preußen herrschenden Partei kaum Jemand ist, dem man eine so löbliche Wendung zutrauen könnte. Es ist längst kein Geheimniß, daß die eigentlichen Kreuzzeitungsleute eine heimliche Angst vor Graf Bismarck haben; sie fühlen instinctiv, daß er mehr Geist hat, als sich für einen richtigen Ultra schickt, daß er die Beschränktheit ihrer Lehren und mancher ihrer Persönlichkeiten im Stillen durchschaut und mit ihnen eigentlich nur tante de mieux (in Ermangelung eines Besseren) fürliebnimmt.

O Kölnische, o Kölnische, wohin verirrt sich deine Phantasie! Hat es eine größere Begriffsverwirrung je gegeben? Eine politische Narrheit, wie sie nur in der deutschen Bourgeoisie denkbar ist! Diese Leute begreifen in Ewigkeit nicht, daß die Politik des Grafen Bismarck wenigstens ein Ganzes, wenigstens aus Einem Gasse ist, für Stückwerkspolitiker und Halbheitmenschen freilich ungreiflich. Die Bursche sind unheilbar. Wie sagt St. Just? — —

Man heilt die große Krankheit nicht Mit Rosendöl und Rosküs — —

— [Die „Volkzeitung“ und die „Staatsbürgerzeitung,“] die eine wie die andere eine scheinheilige Schleppträgerin der Bourgeoisie und der reinste Ausdruck des profitwüthigen Reclamenschwindels dieser Klasse, beschden sich augenblicklich gegenseitig auf's Heftigste. Die „V. Z.“ wirft der „St. Z.“ vor, ihr Programm sei vor Veröffentlichung desselben dem Grafen Bismarck zur Begutachtung vorgelegt worden und Herr Daubig, der Verleger der „St. Z.“, erklärt in dieser jene Behauptung für eine Lüge. Die „St. Z.“ brudt

